



Hälfte

Unabhängiger Mediendienst zur Arbeit und zur Erwerbslosigkeit

Verantwortlich: Paul Ignaz Vogel, Wabersackerstrasse 21, CH-3097 Bern-Liebefeld,
Telefon: 031 972 82 23, e-mail: haelfte@freesurf.ch

Ein Wirtschaftssystem, das krank macht

Der Neoliberalismus grenzt Schwache aus. Die Opfer der Wirtschaft belasten das Versicherungssystem. Mit noch mehr Druck auf die Betroffenen soll gespart werden.

Mit seinem Konzept grenzt der Neoliberalismus immer mehr Menschen vom Erwerbsprozess aus. Er macht die Opfer dieses Wirtschaftssystems zu Schwachen, zu Überflüssigen. Und für den neoliberalen Staat stehen Finanzen und Sparprogramme im Mittelpunkt des politischen Handelns. Heute müssen wir daher erschreckende öffentliche Diskurse erleben: Nicht Menschen, sondern die für Menschen und ihre Notlagen geschaffenen Versicherungen „leiden“. Denn der Mensch steht nicht mehr im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion.

Schleichender Verlust des Versicherungsprinzips

Schon die Arbeitslosenversicherung (ALV) macht die Versicherten verantwortlich für die Beseitigung ihres nicht verschuldeten Unglücks. Auf dem sogenannten freien Arbeitsmarkt werden sie gezwungen, nicht vorhandene Arbeit zu suchen, und die Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) dienen vor allem dazu, zu kontrollieren, gegebenenfalls zu bestrafen. Mit über 200 000 Stellensuchenden bleibt wenig Zeit für eine effiziente Beratung durch die RAV. So wird das Schicksal der Erwerbslosen ins Individuelle abgedrängt. Viele werden krank und suchen in ihrer Hoffnungslosigkeit vertrauensvoll Beratung und Unterstützung bei ihrem Hausarzt. Laut Angaben der Stiftung PRO MENTE SANA betreffen 38% der Neuanmeldungen zur Invalidenversicherung (IV) psychisch Kranke. Dieser Leidensweg durch Versicherungsinstanzen gehört auch zur IV-Misere.

Letzte Zuflucht der Hilflosen bedroht

Was schon lange absehbar war, soll bald eintreten: Der Angriff auf das letzte Refugium der hilflosen Erwerbslosen wird vom Bundesrat mit der 5. IV-Revision geplant. Mit der Aufhebung der ärztlichen Schweigepflicht ausschliesslich im Interesse der Versicherung schleicht sich ein Zwangsregime in die Humanmedizin ein. Eine amtliche Versicherungs-Ärzteschaft wird aufgerufen, ihrem Berufsethos wenig Beachtung zu schenken; sie soll zur Rettung der Versicherung, nicht der leidenden Menschen entscheiden. Vom Zwang zu nicht vorhandener Arbeit ist es nur noch ein kleiner Schritt zum Psychiatrie-Zwang. Wie dabei die Persönlichkeitsrechte und der Datenschutz der Betroffenen zu wahren sind, bleibt fraglich. Damit hätte der neoliberale Wirtschaftsdruck die Ärzteschaft und ihre PatientInnen erreicht. Auch die letzte Nische der Humanität für die Schwachen in unserer Gesellschaft wird voraussichtlich verschwinden.

Anreize zu sozialem Verhalten der Arbeitgeberschaft

Die soziale Gewerkschaft VPOD fordert, nebst dem Einsatz der Goldreserven zur Behebung der Defizite der IV ein weiteres Lohnprozent zur nachhaltigen Finanzierung dieses Sozialwerkes. Der Mediendienst „Hälfte“ schlug schon im Dezember 2004 vor, die Arbeitgeberschaft sollte mit Anreizen zu sozialem Verhalten vermehrt daran gehindert werden, aus reinen Rentabilitätsgründen kurzfristig zu handeln und Personal zu entlassen. Denkbar wäre, die Arbeitgeberbeiträge für die Arbeitslosenversicherung (ALV) nach „Suva“-Normen zu erheben. Wer Sozialschäden durch Entlassungen hervorruft, muss entsprechend höhere Prämien an die ALV zahlen. Dasselbe Bonus-Malus-System liesse sich auch für die IV anwenden. Colette Nova vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund SGB meint dazu: „Die Idee ist im Grundsatz nach wie vor gut.“ Und sie ergänzt: „Es wäre noch recht viel konzeptionelle Arbeit zu leisten. Das ist in diesem Stadium Aufgabe der Verwaltung.“